Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 52. Abendblatt. Montag, den 1. Februar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 30. Januar.

Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische Justiz-Minister Dr. Leonhardt und einige Regierungs-Kommissare.

Nach einer geschäftlichen Mittheilung wird der Gesetzentwurf, betr. die Beschlagnahme des Vermögens des früheren Königs Georg von Hannover, einer besonderen Kommission überwiesen. Sodann wird zum ersten Punkt der Tagesordnung geschritten. Derselbe ist der Bericht der Kommission, betreffend die Fortdauer des in dem Gesetz vom 6. März 1868 eröffneten Kredits von 500,000 Thlr. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Antrag der Budget-Kommission, den Gesetzentwurf über die Uebernahme der auf den Erträgnissen des Staates aus dem Köln-Mindener Eisenbahn Unternehmen lastenden Verpflichtungen zur Gewährung von Zinszuschüssen in Amortisations-Beiträgen auf die allgemeinen Staatsfonds anzunehmen. Nach dem Bericht des Referenten Herrn von Kleist-Retzow, werden die einzelnen Paragraphen und dann der ganze Gesetz-Entwurf angenommen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Kommission über den Staatshaushalts-Etat für 1869. Die Kommission stellt den Antrag, dem Gesetz-Entwurfe, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

(Der Handelsminister Graf Itzenplitz ist in das Haus getreten.)

Graf Rittberg spricht den Vorwurf aus, die Regierung habe die Rechte des Hauses verletzt, wogegen Reg.-Kom. Geh. Rath v. Wolf das Verfahren der Regierung durch die Beschränkungen der Organisationsgewalt rechtfertigt. Den Resolutionen, welche die Kommission gefaßt, erklärt der Redner nicht zustimmen zu können. Herr v. Kleist-Retzow erklärt, daß einer gewissen Partei ein Defizit das kostbarste Weihnachtsgeschenk sei, das die Regierung ihr machen kann, denn es giebt ihr eine Gelegenheit, Anträge einzubringen, wie die Verringerung der indirekten Steuern rc.) In das Haus treten v. Selchow, v. Eulenburg, v. d Heydt). Redner führt nun aus, wie die Rechte des Herrenhauses bei den Budgetberathungen im Abgeordnetenhause verletzt, er meint, es können in den Etat nur solche Posten aufgenommen werden, die schon einen gesetzlichen Charakter haben, sonst würde das Herrenhaus von der Mitwirkung von wichtigen Organisationsgesetzen ausgeschlossen und es ist eine bekannte Sache, daß der Regierung nicht mehr bewilligt werden soll, als sie gefordert und doch ist ein Beschluß, betreffs der Errichtung von Hülfsarbeiterstellen beim Obertribunal durchgegangen, und das sei eine Verletzung der Rechte des Herrenhauses. Handelsminister Graf v. Itzenplitz erklärt, daß kein Mensch die Rechte des Herrenhauses verletzen wollte, er bedauere tief, wenn eine Erklärung abgegeben würde, wie in der ersten Resolution, da die Prärogative der Regierung beschränkt würde. Reg.-Kom. Geh. Finanzrath Mölle macht geltend, daß das Gesetz vom 28. September 1866 im vorliegenden Falle keine Anwendung findet. Die Resolution setze immerhin die Staatsregierung rücksichtlich der freien Disposition über die für den Etat bestimmten Mittel in Verlegenheit, insofern der Betrag der letzteren dadurch geschmälert wird. Er beantrage daher dringend, davon Abstand zu nehmen, da er versichern könne, daß nicht entfernt die Absicht gewesen sei, den Rechten des Herrenhauses nahe zu treten. Baron Senft v. Pilsach spricht die Ansicht aus, daß die Thätigkeit des Landtages eine ganz andere werden müsse, weil er dem Staate zu große Ausgaben verursache; zugleich bittet der Redner den Staatshaushaltsetat anzunehmen, wie er vorliegt. Hr. v. Tettau bespricht die Gründe, wodurch das Defizit entstanden ist.

Die Budget-Kommission stellt ferner den Antrag auf Annahme folgender Resolutionen:

1) „Die Erwartung auszusprechen, daß die Kgl. Staatsregierung die Organisation neuer Landes-Polizeibehörden fernerhin durch spezielle, dem Landtage der Monarchie vorzulegende Gesetze und nicht blos durch den Etat regle."

2) „Die Erklärung abzugeben, daß es mit dem vom Abgeordnetenhause angenommenen Antrage — die Amtsblätter in den Regierungs-Bezirken Danzig und Marienwerder in denjenigen Orten, in welchen ein erheblicher Theil der Bevölkerung die polnische Sprache redet, in deutscher und polnischer Sprache herauszugeben — nicht einverstanden sei."

Herr v. Below geht auf das Verhältniß zwischen dem Abgeordnetenhause und Reichstag ein.

Obertribunals-Rath Uhden ist der Ansicht, daß drei Stellen am Obertribunal schwerlich ausreichen können, um das Arbeitsmaterial zu bewältigen, es ist unmöglich, daß drei Männer die Arbeitskraft von zehn Hülfsarbeitern ersetzen, und wenn nicht eine Stockung der Geschäfte eintreten soll, so muß man wiederum Hülfsarbeiter hinzuziehen.

Herr Camphausen (Berlin): Wenn ein Redner die Entstehung des Defizits dem Abgeordnetenhause zur Last gelegt, so frage ich nur, war es das Abgeordnetenhaus, welches den Nothstand in Ostpreußen geschaffen, welches die Mißernte im Jahre 1867 herbeigeführt und die Unsicherheit in den politischen Verhältnissen hervorgebracht? Was die Punkte betrifft, so kann ich Herrn v. Kleist-Retzow nicht beistimmen, denn das Abgeordnetenhaus hat nur eine lang innegehaltene Maxime mit Zustimmung der Regierung verlassen, weshalb die Rechte des Herrenhauses noch nicht verletzt sind.

An der General-Debatte betheiligt sich noch der Justizminister, sodann wird zur Spezial-Diskussion übergegangen, bei derselben wird der Justizetat nochmals vom Grafen zur Lippe in Erwägung gezogen, worauf eine kurze Entgegnung des Justizministers folgt.

An der ferneren Spezial-Debatte betheiligen sich die Herren Hasselbach, Minister des Inneren, Graf v. Brühl, v. Kleist-Retzow, und Rasch.

Bei der Abstimmung werden zunächst die beiden oben mitgetheilten Resolutionen, und demnächst der Etat für das Jahr 1869 im Ganzen angenommen.

Zwei Petitionen, den Etat betreffend, werden dem Antrage der Kommission gemäß durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Darnach schließt die Sitzung um 4¼ Uhr. — Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. — Tagesordnung: Rest der heutigen.

Abgeordnetenhaus.

Einundvierzigste Sitzung vom 30. Januar.

(Schluß.)

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich habe gestern schon Gelegenheit gehabt, zu äußern, daß ich den Begriff der staatlichen Nothwehr nicht kann einengen lassen, darin, wo der Staat selbst angegriffen wird; sondern daß die Nothwehr eintritt, wenn die Landesregierung die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß der Frieden nicht gestört werde. Die Regierung hat zu verhüten, daß das Vertrauen schwindet; denn ohne das Vertrauen hat der Frieden keinen Werth. Ein Krieg ist in diesem Falle oft weniger störend für den allgemeinen Verkehr, als ein solcher Frieden. In dieser Auffassung werde ich mich nicht irre machen lassen durch juristische Deduktionen. Es gab eine Zeit, wo der Frieden gestört zu sein schien, in dem Augenblick, wo der Ministerwechsel in den Donaufürstenthümern eintrat; die Zeit erschien mir damals unsicher, obwohl ich in solchen Dingen sonst nicht so ängstlich bin. Wie voll der Becher war, läßt sich nicht beurtheilen; wenn aber zu einer Zeit mächtige Geldmittel, wenn Koalitionen von Parteien, welche den Krieg wünschen, eintreten, dann ist es Pflicht der Regierung, das Land rechtzeitig vor Schaden zu hüten. Es konnte der Beachtung der Regierung nicht entgehen, daß das Auftreten der Emigration Schritt hielt nach der Steigerung der Kriegsgefahr. Es steigerte sich die Sprache der kurfürstlichen Organe bald bis zur direkten Theilnahme des Kurfürsten; er sprach davon, den Schild wieder aufzuheben, von seinen treu gebliebenen Unterthanen, er verstieg sich sogar bis zur Ausübung von Regierungsakten in Hessen. Zu den bereits bekannten Aktenstücken kommt noch das, wie ich höre, heute das in der „Zukunft" mitgetheilte Schreiben des Herrn Schimmelpfennig. Ich glaube, der Zusammenhang der ganzen Agitation mit der Kriegsgefahr ist außer Zweifel und es fragt sich nur, welches Recht haben wir, uns gegen diese notorischen Bedrohungen zu schützen? Wie gestern in der Bildung der Legion, so finde ich heute allein in der Aufforderung des Kurfürsten an fremde Regierungen, die Provinz Hessen vom norddeutschen Bunde loszureißen, die Nothwendigkeit zu den Schritten der Regierung. Ist eine solche Aufforderung etwa ganz gleichgültig? Könne der Krieg nicht bedeutend gefördert werden durch die Vorstellung, daß Hannoveraner und Hessen dem Feinde den Sieg erleichtern? Vergegenwärtigen Sie sich, was man in Rußland, Spanien, Dänemark rc. thun würde, wenn Jemand erklärte, er wolle seine Partikular-Interessen durchführen mit Hülfe fremder Heere. Leute, welche die Stirn, die Frechheit haben, so etwas zu bekennen, sie würden ersticken unter der tiefsten Verachtung ihrer Landsleute. (Beifall.) Bei uns ist es leider nicht so; solche Leute finden sogar Vertheidiger bis in diese Räume. Ich denke, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir solche Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen. (Bravo!) — Meine Natur ist nicht zum Spioniren geschaffen, aber machen Sie uns aus dem bedauerlichen Zwange, daß zu solchen Dingen Gelder verwendet werden müssen, keinen Vorwurf. Probiren Sie erst selbst, ob Sie Pech anfassen können, ohne sich zu besudeln. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wehrenpfennig für die Vorlage: Ich bin nicht der Ansicht, daß eine Gesinnung Achtung verdient, die einem an der Spitze fremder Truppen zurückkehrenden Herrscher zujubelt. (Beifall.) Die Kasseler Bürger würden dem Kurfürsten nicht entgegenjubeln, wenn er so in Kassel einzöge.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

In der Spezialdiskussion sprechen kurz die Abgg. Aloth, Oppermann und Windthorst, worauf der Gesetz-Entwurf nach dem Kommissions-Vorschlage angenommen wird.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf wegen Aenderung der Stempelsteuer in der Provinz Hannover.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Schubarth) empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, ferner die Annahme folgender Resolution:

„Die Staatsregierung aufzufordern, die Erhebung einer Abgabe von den Gesindebüchern und Seefahrtsbüchern, wo solche zur Zeit noch erfolgt, baldigst anderweitig im gesetzlichen Wege zu regeln."

Gesetzentwurf und Resolution wurden ohne Debatte angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Handel über den Vertrag mit Hessen vom 12. Juni 1868 wegen Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Hanau und Offenbach und wegen Ankaufs des großherzoglich hessischen Theiles der Frankfurt-Offenbacher Eisenbahn.

Die Kommissionen empfehlen mit allen gegen eine Stimme die verfassungsmäßige Genehmigung des Vertrages.

Berichterstatter ist der Abg. Braun (Wiesbaden).

Abg. v. Benda erklärt sich gegen die Vorlage, weil es nicht angemessen sei, einen Vertrag, welcher eine Ausgabe von mehr als einer Million zur Folge haben werde, zu genehmigen, ohne daß gleichzeitig ein Gesetz vereinbart werde, welches die Art der Aufbringung der erforderlichen Gelder regle.

Der Reg.-Komm. Geh. Ober-Baurath Weißhaupt erklärt, daß die Aufbringung der Gelder vielleicht ohne Anleihe aus andern etatsmäßigen Beständen möglich sein werde.

Der Vertrag wird mit sehr großer Majorität angenommen.

(Graf Itzenplitz tritt ein.)

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der 13. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlen-Bergbaues in den Landestheilen, in welchen das kurfürstlich sächsische Mandat vom 19. August 1743 Gesetzeskraft hat.

Die Kommission empfiehlt Genehmigung des Entwurfes. Berichterstatter ist der Abg. Wachler.

Abg. Twesten erklärt sich in der General-Diskussion gegen den Gesetzentwurf, weil derselbe im Gegensatze zu dem allgemeinen Berggesetz, die Stein- und Braunkohle ohne jede Beschränkung dem Verfügungsrechte des Grundeigenthumes unterwerfe.

In der General-Diskussion sprechen die Abgeordneten Twesten und Waldeck gegen die Vorlage, Abg. Achenbach und der Handelsminister dafür.

Nach Schluß der Generaldiskussion wird die Vertagung der Sitzung beschlossen. Vor dem Schluß der Sitzung erhält das Wort der Abg. J. Jacobi: M. H. Gleich nach dem Schlusse der Debatte über die beiden Gesetzentwürfe, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens der beiden depossedirten Fürsten, habe ich aus Stuttgart eine telegraphische Depesche erhalten, deren Inhalt sich auf eine Behauptung bezieht, die während jener Debatte vom Ministerpräsidenten ausgesprochen worden ist. Der Herr Präsident wird mir gestatten, daß ich die telegraphischen Depeschen hier verlese: „Die Behauptung, wir stehen mit irgend welchem Agenten für die Welfen-Legion in Verbindung, ist natürlich in jedem Sinne unwahr. Wir ermächtigen Sie zum Gebrauch dieser Erklärung. Mayer. Freese." (Große anhaltende Heiterkeit.) M. H. Mögen Sie darüber lachen, wie Sie wollen; ich für meinen Theil habe gegenüber der Behauptung des Grafen Bismarck es für meine Pflicht gehalten, diese Erklärung der beiden Männer hier zur Kenntniß des Hauses zu bringen. M. H. Ich habe dieser Erklärung nichts zuzufügen, den Kommentar dazu wird sich Jeder selbst machen.

Darauf schließt die Sitzung um 3¾ Uhr. — Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der heut abgebrochenen Berathung und Petitionen.

Deutschland.

Berlin, 31. Januar. Se. Maj. der König hatte am Freitag Nachmittags nach der Rückkehr von Köpnick eine Unterredung mit dem Staatsminister a. D. v. Patow und dem Oberpräsidenten v. Moeller, die etwa 1 Stunde dauerte. Gestern wurde der Ober-Präsident vom Kronprinzen empfangen. Der König empfing gestern mehrere hier eingetroffene höhere Militärs, nahm alsdann die Vorträge des Chefs des Militär- und Civil-Kabinets, v. Tresckow und v. Mühler, des Geheimen Hofrathes Borck entgegen und konferirte nach einer Ausfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr wohnte der Hof dem Vortrage des Sanitätsrathes Dr. Laehr im Wissenschaftlichen Verein in der Singakademie über „Seele und Leib" bei und erschien Abends in d. Assemblée des Kronprinzlichen Paares, zu der zahlreiche Einladungen ergangen waren.

— Während die „Staatsbürger-Ztg.", von der zunächst die Mittheilungen über den ärgerlichen Vorfall, der sich am 14. Januar d. bei einer Trauung in der französischen Klosterkirche ereignet haben soll, meldet, daß vor einigen Tagen von Seiten des betheiligten Ehemannes die gerichtliche Untersuchung bei der Staatsanwaltschaft beantragt sei, berichtet jetzt die „Nordd. A. Z.", daß „das hiesige Konsistorium beschlossen hat, gegen mehrere hiesige Zeitungen, welche den Vorgang bei einer von dem Ober-Konsistorialrath Fournier vollzogenen Trauung zum Gegenstande unwahrer und verleumderischer Darstellung gemacht haben, die Hülfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch zu nehmen." Ebenso meldet auch die „Kreuz-Ztg.": „Das Königliche Konsistorium der Provinz Brandenburg hat bei der Staatsanwaltschaft die gerichtliche Verfolgung wegen der verleumderischen Berichte beantragt, welche in mehreren hiesigen Zeitungen über die Vorgänge bei der Trauung in der französischen Klosterkirche am 14. d. M. gegen den Ober-Konsistorialrath Dr. Fournier erschienen sind und auch ungeachtet der widerlegenden öffentlichen Erklärung desselben noch fortgesetzt verbreitet werden. Auf Grund des amtlichen Berichts des genannten Geistlichen hat die kirchliche Behörde die Ueberzeugung gewonnen, daß alle Behauptungen in jenen Zeitungen, welche das Verhalten des Geistlichen bei der erwähnten Trauung als ungebührlich und tadelnswerth erscheinen lassen, durchweg erfunden und erlogen sind." — Das Publikum wird also in die Lage kommen, über die Wahrheit oder Verleumdung der gegenseitigen Behauptung Gewißheit zu erhalten.

Schleswig, 30. Januar. Einer Mittheilung der „Schleswigschen Nachrichten" zufolge wird die Einberufung des schleswig-holsteinschen Provinzial-Landtages bereits in nächstem Monat erfolgen. Als Hauptgegenstand der Verhandlungen wird eine Vorlage, betreffend die Gründung eines Provinzialfonds, bezeichnet.

Dresden, 30. Januar, Nachmittags. Der neue französische Gesandte am hiesigen Hofe, Marquis Chateaurenard, überreichte heute sein Beglaubigungsschreiben. Das „Dresdner Journal" bestätigt, daß die schiedsrichterliche Verhandlung in der Meininger Domänenfrage noch nicht zu einem Resultat geführt, und beide Theile sich noch ihre definitiven Erklärungen vorbehalten haben.

— Das Gesammtministerium hat entschieden, daß die neue Eisenbahnlinie von Chemnitz nach Leipzig über Borna gebaut werden soll.

Ausland.

Wien, 30. Januar. Der „Neuen fr. Presse" zufolge sind Flori aus Nizza und Camondo aus Konstantinopel hier eingetroffen, um im Zusammenhange mit der projektirten türkischen Eisenbahn-Anleihe hier eine ottomanische Bank zu etabliren.

Paris, 30. Januar. Die „France" glaubt, Griechenland werde der Konferenzerklärung beitreten, jedoch verlangen, daß es, um die nationalen Empfindlichkeiten zu schonen, zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei nicht die Initiative ergreifen solle.

Paris, 29. Januar. Eine Depesche des französischen Gesandten in Athen, des Herrn Baude, meldet, daß Graf Walewski am Mittwoch in der griechischen Hauptstadt angekommen ist. Baude soll in seiner Depesche die Ansicht aussprechen, daß Griechenland nicht nachgeben werde. Andererseits erfährt man, daß das Haus Rothschild und andere hiesige Bankhäuser ein Schreiben von der griechischen Bank erhalten haben, worin dieselbe verschiedene Maßregeln für den Fall des Krieges, „der unvermeidlich sei", anordnet. Daß die französische Regierung nicht ohne Besorgnisse ist, geht aus dem Umstande hervor, daß ohne Unterlaß Kriegsmaterial auf der Lyoner, der Ost- und der Nordbahn nach den Grenzen transportirt wird. Diese Vorbereitungen deuten jedoch keineswegs an, daß man hier den Krieg im Augenblicke wünscht; im Gegentheil möchte man denselben gern vermeiden. Was Griechenland anbelangt, so scheint man dort viel zu schreien, ohne jedoch ernstliche Rüstungen zu machen. Die „Debats" melden darüber aus Athen unter dem 20.: „Mehrere französische Blätter schreiben, daß Griechenland rüste. Ich habe mich überzeugen wollen, was daran sei. In der That kündigen die Griechen mit vielem Geschrei an, daß sie rüsten, aber ich konnte mich überzeugen, daß sie nichts Ernsthaftes thun; sie haben weder gute Waffen, noch Munition, noch Lebensmittel, noch Geld. Die finanzielle Krisis ist wohl für einige Wochen beseitigt.

Die Bank, welche man mit der Ausgabe von Papiergeld bedrohte, zog vor, dem Staate sechs Millionen in baarem Gelde und 15 Millionen Bankscheine, die Zwangscours haben, vorzustrecken. Diese Maßregel hat für den Augenblick die Bank vor vollständigem Ruin gerettet; sie gestattet ihr, ihre Gläubiger in Bankscheinen zu zahlen und von dem Agio für die Zahlungen im Auslande (es beträgt 2 Drachmen pr. 20 Franken) Nutzen zu ziehen. Der Kredit der Bank ist jedoch schon sehr erschüttert, da man nicht glaubt, daß der Staat je die 21 Millionen zurückerstatten wird. Wir erwarten hier das Resultat der Berathungen der Konferenz mit Ungeduld. Die wahren Freunde des griechischen Volkes müssen die fortdauernde Agitation, welche ein kleiner Haufen von Demagogen in Athen unterhält, bedauern. Die Mehrheit theilt die Ideen dieser ungestümen Leute nicht, die für die Regierung eine ernste Verlegenheit sind, so lange sie sich nicht von deren Despotismus befreit."

Paris, 30. Januar. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat der französische Gesandte in Athen, Baron Baude, am 28. der griechischen Regierung die Gesammterklärung der Konferenzmächte nebst einem Briefe des Marquis de Lavalette an den Minister des Aeußern, Delyannis, übergeben.

Florenz, 30. Januar. Der preußische Gesandte Graf Usedom hat gestern dem Könige das Gesandtschaftspersonal vorgestellt. Heute ist der König in Begleitung des Konseilspräsidenten und des Justizministers nach Neapel gereist, von wo er am 10. Februar zurückkehren wird. Die Deputirtenkammer wird ihre Sitzungen bis zum April vertagen. General Cialdini wird morgen hier erwartet.

Kopenhagen, 30. Januar. Im Landsthing wurde heute in dritter Lesung das Gesetz, betreffend die Dotation für die Vermählung des Kronprinzen einstimmig und unverändert genehmigt.

Spanien. Die blutige That, durch welche die Kathedrale von Burgos geschändet worden, ist ihrem Hergang nach noch nicht ganz klar geschichtlich dargestellt. Aus den verschiedenen Nachrichten, welche darüber vorliegen, heben wir vorerst die Depesche hervor, durch welche ein Augenzeuge, der Gouvernements-Sekretär, den Minister des Innern von dem Geschehenen in Kenntniß setzt: „Während der Gouverneur den durch das Dekret vom 18. d. ihm ertheilten Auftrag in der Kathedrale ausführte, empörte sich das Volk und wurde durch dasselbe der Gouverneur ermordet und der Polizei-Inspektor verwundet; ich habe daher die Machtbefugnisse an den Militär-Gouverneur der Provinz übertragen." Der Gouvernements-Sekretär nahm selbst Theil an der Ausführung des Dekrets; es gelang ihm jedoch, der Volkswuth zu entfliehen. Schon Tags vorher war eine gewisse Aufregung in einem Theile der Bevölkerung bemerkt worden, indem die Lüge in Umlauf gesetzt worden war, daß die Regierung sich der Kirchenschätze — die Kathedrale von Burgos ist wie eine der schönsten, so auch eine der reichsten gothischen Kirchen Spaniens — bemächtigen wolle, während doch nur ein Verzeichniß aufgenommen werden sollte. Als nun am Montag Morgen der Gouverneur Gutierrez de Castro, begleitet von seinem Sekretär und dem Polizei-Inspektor, sich nach der Kathedrale begab, hatten sich auf dem erzbischöflichen Platze zahlreiche Volkshaufen angesammelt. In die Kirche eingetreten, ließ er die Pforten schließen und von einem Gendarmerieposten besetzen. Angesichts der wachsenden Aufregung traten der Gemeinderath und die Freiwilligen zusammen und bahnten sich durch die Menge den Weg in die Kathedrale, in dessen Innerem sie den Gouverneur nicht fanden, da derselbe mit einigen Domherreu in die Sakristei gegangen war. Inzwischen hatten aber auch die Volkshaufen sich den Eingang erzwungen und ergossen sich in Kirche und Kloster hinein. Der Gouverneur kam herab in das Kloster, um die Menge zu fragen, was sie wünsche. Die aber hörte ihn nicht an, sie stürzte sich unter dem Geschrei: „Es lebe die Religion!" auf den Wehrlosen und durchbohrte ihn mit Dolchstichen, nachdem schon ein Schuß aus unmittelbarer Nähe ihn auf den Tod verwundet hatte. Dann, heißt es, schlangen die Mörder ihm eine Schärpe um den Hals und schleppten ihn zur Freitreppe, von wo sie die Leiche auf den Platz vor der Kathedrale hintrugen. Hier machten die Freiwilligen, unterstützt von dem Reiter-Regiment Bailen, einen Angriff auf die Empörer, säuberten den Platz und brachten den Leichnam ins Rathhaus. Die Begleiter des Ermordeten waren der eine mit einer Stichwunde, der andere, wie oben erwähnt, mit heiler Haut entkommen. Der Militär-Gouverneur erklärte die Stadt in Belagerungszustand, und es wurden viele Verhaftungen vorgenommen, darunter mehrere geistliche Würdenträger. Auch der Erzbischof Anastasio R. Justo wird vor Gericht gestellt werden. Es heißt, er habe von den Stufen der Kathedrale aus die fanatische Menge mit dem Rufe: „Man beraubt die Kirche!" noch mehr erhitzt. Jetzt ist der Dom geschlossen. Zum bürgerlichen Gouverneur von Burgos ist Massa y Sanguinetti ernannt worden.

— Die Regierung hat sich doch nicht entschließen können, die Kultusfreiheit zu verkündigen. Sie hat im Gegentheil ein Manifest erlassen, in welchem sie einen solchen Schritt als nicht zeitgemäß darstellt. Sie mag darin Recht haben. Von vorn herein, im Anfange der Revolution, hätte sie mit dem allgemeinen Stimmrechte auch die Kultusfreiheit einführen sollen; zu jener Zeit wäre es ihr im Sturme gelungen und sie hätte sich einerseits von Progressisten und Republikanern viele Anfeindungen erspart, andererseits den ungerechtfertigten Aussprüchen der Priester einen schweren Schlag versetzt. Es ist nicht geschehen und die klerikale Partei hat Zeit gewonnen, um das Volk zu fanatisiren, so daß nunmehr die Erklärung der Kultusfreiheit auf gefährlichen Widerstand stoßen dürfte. Die progressistischen Zeitungen sind mit jenem Manifeste der Regierung höchst unzufrieden, die republikanischen natürlich noch mehr.

Madrid, 30. Januar. General Dulce hat aus Cuba telegraphisch gemeldet, daß in Havanna ein unbedeutender Aufstand ausbrach. Die Ruhe wurde bald wieder hergestellt; die Insurrektion auf der Insel ist im Abnehmen.

Athen, 29. Januar. Man glaubt, daß die griechische Regierung noch vor Ablauf der ihr gestellten Frist von 8 Tagen eine Antwort auf die Deklaration der Konferenzmächte ertheilen werde.

Konstantinopel, 30. Januar. Aus Athen hier eingegangene Nachrichten melden, daß das griechische Ministerium bezüglich der Entscheidung über Annahme des Konferenzbeschlusses in zwei Parteien gespalten sei. Vier Minister hätten für Annahme des Konferenzbeschlusses, drei, worunter Bulgaris, gegen dieselbe gestimmt.

Bukarest, 30. Januar. Der Justizminister beantwortete eine Interpellation im Senate dahin, die Regierung habe bisher keinen Grund zur Auflösung der Kammer, da ernste Konflikte nicht vorgekommen seien.

Kairo, 30. Januar. Die Stangen'sche Reisegesellschaft ist heute Nachmittag wohlbehalten hier eingetroffen.

Pommern.

Stettin, 1. Februar. Bei der am 27. v. Mts. stattgehabten Präsentationswahl für das Herrenhaus im Landschaftsbezirk Herzogthum Stettin an Stelle des verstorbenen Freiherrn von Maltzahn-Cummerow wurde der Rittergutsbesitzer Freiherr Victor Carl Diedrich v. Maltzahn auf Roidin als Mitglied des Herrenhauses gewählt.

— Der Streit, ob die städtischen Schuldeputationen lediglich eine Verwaltungs-Kommission der Stadtbehörden oder nicht sind, ist kürzlich wiederholt dahin geschlichtet worden, daß die Schuldeputationen keineswegs nur als Beauftragte des Magistrats anzusehen, sondern „als eine besondere, in sich geschlossene, mit der Kommunalverwaltung zwar zusammenhängende, ihrem Zwecke nach aber der Unterrichtsverwaltung angehörige Institution, weshalb auch ihre Mitglieder der staatlichen Bestätigung bedürfen, was bei den Mitgliedern anderer Kommissionen nicht der Fall ist." Stellen sie sich hiernach als Organe der staatlichen Aufsichtsbehörde dar und ist die Schuldeputation die einzige Behörde für die inneren und äußeren Angelegenheiten des Schulwesens ihrer Stadt, so folge daraus, daß nicht auch die Stadtbehörde als solche betrachtet und behandelt werden könne.

— Diejenigen unbemittelten Forst-Eleven, welche ihrer Dienstverpflichtung als einjährige Freiwillige im Jäger-Korps nachkommen wollen, und die Vergünstigung einer Aufnahme in die Truppen-Verpflegung, sowie die Bewilligung einer freien Bekleidung in Anspruch nehmen, haben darauf bezügliche Gesuche fortan der Inspektion der Jäger und Schützen in Berlin direkt vorzulegen, welche darüber endgültig entscheiden soll.

— Aus der jetzt erschienenen neuen Telegraphen-Ordnung „für die Korrespondenz auf den Linien des Telegraphen-Vereins nebst den, den innern Verkehr auf den Linien des norddeutschen Telegraphengebiets und der innerhalb desselben gelegenen Eisenbahnen betreffenden zusätzlichen Bestimmungen", heben wir als bemerkenswerth die Bestimmung hervor: daß die Angabe des Landes, in welchem des Adressaten Wohnort liegt, „obligatorisch, mit Ausnahme der Fälle, wo dieser Wohnort eine Hauptstadt oder ein wichtiger Börsen- oder Handelsplatz ist." Bei Depeschen, die für auf dem Meere befindliche Schiffe bestimmt sind, muß die Adresse, außer den gewöhnlichen Angaben, noch die amtliche Bezeichnung und Nummer, so wie die Nationalität des Adreßschiffes enthalten. Die Anwendung der Chiffernschrift ist bei Privat-Depeschen gestattet, wenn sie zwischen Stationen zweier Staaten gewechselt werden, welche diese Art der Korrespondenz zulassen.

— Ungeachtet der durch das anhaltende Thauwetter erheblich verminderten Haltbarkeit des Eises auf der Oder wurde dasselbe gestern doch noch von verschiedenen Personen betreten, was u. A. zur Folge hatte, daß ein junger Mensch gestern Nachmittag bei der Steuerkontrole am Dampfschifffahrtsbohlwerk einbrach und nur mit Mühe gerettet werden konnte. Heute ist das Eis bereits so mürbe, daß auch der größte Wagehals nicht mehr daran denken kann, der Tragbarkeit desselben zu vertrauen.

|| **Regenwalde**, 31. Januar. Die Privatschule, welcher der Kandidat B. hierselbst vorsteht, soll zu Ostern d. J. eingehen, weil es an Schülern fehlt. Dagegen hat die konzessionirte Privatschule des Prediger K. noch ferneren Bestand; dieselbe bildet die Schüler bis zur Quarta der Gymnasien aus; auch ist damit eine billige Pensionsanstalt verbunden. — Kürzlich sind einem hiesigen Schlosser sämmtliche Dietriche und Schlüssel gestohlen worden, so daß viele Einwohner in Angst und Besorgniß sind, es möchten ihnen des Nachts die Hausthüren geöffnet werden. Sie verschließen dieselben daher nicht, sondern schieben blos den Riegel vor. — Kürzlich wurde der Schneider Sp. todt in die Stadt gebracht. Er war unterwegs, indem er vom Wagen stieg und unter die Räder gerieth, getödtet worden. Er hinterläßt eine Wittwe und fünf kleine Kinder in großer Dürftigkeit. — In dem unweit gelegenen Dorfe Alt-Döberitz ertrank vor einigen Tagen der Sohn des Försters, indem er sich zu weit aufs Eis wagte. — Am vorigen Sonntag starb daselbst ein 18jähriges Tagelöhnermädchen, welchem in der Mergelkuhle der Unterleib zerquetscht war; sie hat daran zwei Tage entsetzlich leiden müßen.

† **Greifswald**, 30. Januar. Zum industriellen Fortschritt haben wir auch von hier aus zu berichten, daß am heutigen Tage die erste Roßschlächterei eröffnet wurde. Da in sanitätspolizeilicher Hinsicht allen Befürchtungen Rechnung getragen wird, ist es nur zu wünschen, daß für billige Preise dem Publikum ein kräftiges und nahrhaftes Fleisch zugeführt wird. Somit möge denn das Vorurtheil schwinden und der Unternehmer mit seinem Etablissement reussiren! Unter ungeheurem Zulauf und Begleitung von Groß und Klein wurde denn heute Mittag das edle Schlachtroß bekränzt durch die Straßen geleitet und schon morgen wird man von der Delikatesse des Roßbeuf's, wie in anderen Städten, auch hier vollkommen überzeugt sein.

** **Demmin**, 31. Januar. Am 27. d. M. fand in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung die Amtseinführung des auf 12 Jahre wiedergewählten Kämmerers Herrn Baumann statt. Derselbe verwaltet sein mühsames Amt nunmehr seit 26 Jahren mit unverkennbaren Erfolgen für das Gemeinwohl der Stadt, und zwar wie rühmlich erwähnt werden muß, mit einer Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit, wie sie nur wenigen Beamten eigen ist. Diese Anerkennung bildete auch den Kern der Ansprachen Seitens des Herrn Bürgermeisters Rose und des Stadtverordneten-Vorstehers Herrn Konsuls Rudolphy, worauf Herr ꝛc. Baumann tief bewegt für das ihm entgegengetragene Wohlwollen und Vertrauen dankte und bat, ihm auch für die Zukunft dieselbe Nachsicht zu schenken und ihm eine freundliche Gesinnung zu bewahren. Nächstdem schritt der Herr Magistrats-Dirigent zur Vereidigung und Einführung des zum unbesoldeten Rathsherrn gewählten Kaufmanns Cohnheim. In der Ansprache an diesen bemerkte der Herr Redner, daß der Gewählte den Stadtverordneten zu besonderem Danke verpflichtet sei, da es in mittleren und kleinen Städten zur Seltenheit gehöre, daß Bekenner der jüdischen Konfession in die Obrigkeit der Stadt berufen würden; er erinnerte aber hierbei, daß auch der Bruder des Gewählten bereits Mitglied des Magistrats gewesen sei, er wünschte schließlich, daß Herr Cohnheim seine Mitwirkung zur Konservirung des guten Einvernehmens der städtischen Behörden und zum Segen der Stadt eintreten lassen möchte. Aus der nun folgenden Begrüßungs-Rede des Herrn Stadtverordneten-Vorsitzenden entnehmen wir Folgendes: Zur großen Freude der Versammlung wären die Wünsche derselben wider Erwarten sehr bald in Erfüllung gegangen. Vor 14 Tagen sei Herr Rose als Bürgermeister eingeführt worden und folge diesem Akt heute die Einführung des Herrn Cohnheim als Rathsherr. Beiden Herren sei von der Königl. Regierung und dem Herrn Oberpräsidenten die Bestätigung versagt und erst dem Herrn Minister des Innern Excellenz sei es vorbehalten gewesen, diese auszusprechen. Die Wichtigkeit und Bedeutung des neuen Amtes sei dem Herrn Cohnheim bereits an das Herz gelegt, und erscheine es überflüssig, einem so alten und erfahrenen Bürger noch Weiteres zu sagen, es sei nur hervorzuheben, daß die Versammlung nicht gewankt habe, so schwer ihr auch die Bestätigung der Wahl des Herrn Cohnheim gemacht worden. Die Versammlung sei fest geblieben und sie habe Herrn Cohnheim gewählt, nicht weil er, sondern trotzdem er mosaischen Glaubens sei. Die Versammlung habe dadurch am besten dargethan, welchen Werth sie auf diese Wahl lege und daß sie frei sei, von allen Vorurtheilen, sie dürfe nun wohl auch zu Herrn Cohnheim das Vertrauen habe, daß derselbe dies vollkommen zu würdigen und zu schätzen wisse und nicht vergessen werde, wie dies leider so häufig geschehe, daß es die Stadtverordneten seien, welche ihn gewählt haben. Er wolle in Rücksicht hierauf, in seinem neuen Amte dazu beitragen, daß das gute Einvernehmen zwischen Magistrat und Stadtverordneten nicht blos erhalten, sondern immer mehr befestigt werde, da nur ein solches Wirken ein gedeihliches für die Stadt und ein ersprießliches für die Bürgerschaft sein könne. Endlich ersucht Redner Herrn Cohnheim, daß er gleich der Versammlung die Städte-Ordnung als die Grundlage der bürgerlichen und kommunalen Freiheit betrachte, auf welcher fortzubauen sei und welche Jedem nächst dem Gewissen zur Richtschnur dienen solle. Herr Cohnheim sprach der Versammlung hierauf seinen Dank aus für die Ehre, welche ihm durch die Wahl zu Theil geworden und versicherte, daß er nach Kräften bemüht sein werde, für das Wohl der Stadt wirksam zu sein.

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Stadttheater.) Von den gestern zur Darstellung gebrachten zwei Novitäten: „Adelaide" und „Ein anonymer Kuß" war die Erstere jedenfalls die werthvollste. Das Gebrechen eines Menschen (hier Beethovens Taubheit) zum Vorwurf einer dramatischen Arbeit zu machen, hat zwar seine heikliche Seite, allein bei der delikaten Art und Weise wie Herr Hugo Müller die Sache behandelt, kann man in Bezug auf diesen Fehler schon ein Auge zudrücken. Herr Fellenberg spielte den tauben Beethoven so überaus wirkungsvoll, daß ihm ein zweimaliger stürmischer Hervorruf, den der brave Künstler auch vollständig verdiente, zu Theil ward. Wenn wir Frl. Bertina ausnehmen, die für ihr Klärchen den richtigen Ton nicht finden konnte, so gebührt den andern Mitwirkenden, Frau Meaubert, Frl. Lindner, Frl. Ewald, Herrn Heim, (Frau Jadinger, Adelaide, Frau Sepherl, Franz Lachner) alles Lob. Das allerliebste Genrebild fand ungetheilten Beifall. — Die zweite Novität: „Ein anonymer Kuß" ist ein französisches Salonstück, wie wir deren zu Dutzenden haben. Die Intrigue ist unbedeutend und nichts weniger als neu, der Dialog elegant und zündend. Von den Rollen ist die des Gaston die einzige von Bedeutung und Herr Weber spielte dieselbe mit wahrer Virtuosität und der nöthigen Tournure. Auch er wurde durch wiederholten Hervorruf ausgezeichnet. Weniger treten die übrigen Rollen hervor, da sie aber in den Händen unserer tüchtigsten Mitglieder waren, so verhalfen sie dem Stück zu einem über alles günstigen Erfolg. Frl. Lindner sowohl (Lucie) als Frl. Steinburg (Henriette) besitzen alle Eigenschaften, um sie für das Fach der Salondamen geschickt zu machen. Herr Baatz (René) war auch heute wieder ganz an seinem Platze, und steht wohl zu erwarten, daß sich seine Beliebtheit bei Gelegenheit seines morgenden Benefizes ganz besonders dokumentiren wird. — Die dritte Gabe des Abends war Angely's altes, aber stets gern gesehenes „Fest der Handwerker", worin Herr Magener als Gluck den Vogel abschoß, obwohl auch die andern Künstler sich Beifall zu erwerben wußten. Ganz allerliebst spielte namentlich Frl. Bertina ihr Lehnchen und Frl. Ewald — eines der verwendbarsten Mitglieder unserer Bühne, — war eine Berliner Tabagiebesitzerin, wie sie im Buche steht. Sehr komisch wirkte Fräul. Raabe mit ihrer Madame Puff, ebenso Herr Meaubert als Hähnchen. Der Schlußtanz nebst Gruppe erregte Sensation. Besonders hervorzuheben ist, daß Herr Magener seinen Gluck vollständig umgearbeitet und mit neuen Späßen ausgestaltet hatte, die selbstverständlich von dem vollen Hause mit wahrem Jubel aufgenommen wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 7° R. Wind SW.

An der Börse.

Weizen matt, pr. 2125 Pfd. loco ungar. geringer. 58–60 Rt., besserer 61–62 Rt., feiner 64–65 Rt., bunter 67–70 Rt., weißer 69–73 Rt., gelber inländ. 69½–70½ Rt., feinster 71 Rt., 83–85pfd. Frühjahr 69½, ¼ Rt. bez., ½ Br., Mai-Juni 70 Rt. Br. u. Gd.

Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 51–52 Rt., Februar 52 Rt. Br., Frühj. 51⅛, 50¾ Rt., per Mai-Juni 51¾, ¼ Rt. bez. u. Gd, ½ Br., Juni-Juli 52½ Rt. bez. u. Br.

Gerste geschäftslos, pr. 1750 Pfd. loco ungar. ger. Futter- 40–41 Rt., bessere 42–43 Rt., feine 44 bis 46 Rt.

Hafer etwas fester, loco pr. 1300 Pfd. 33½–34½ Rt., 47–50pfd. Frühjahr 34½ Rt. bez., Mai-Juni 35 Rt. Br.

Erbsen unverändert, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 54½–56 Rt., Koch- 57–57½ Rt., Frühjahr Futter- 57 Rt. Gd.

Mais loco 2 Rt. 2 Sgr. bez. u. Gd.

Winterrübsen kurze Lieferung 80 Rt. bez., per Septbr.-Oktbr. 78 Rt. bez. u. Gd.

Rüböl still, loco 9⅓ Rt. Br., Frühjahr 9⅜ Rt. bez. u. Gd., April-Mai $9\frac{7}{12}$ Rt. Br., 9½ Gd., Septbr.-Oktober 10 Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 14¾ Rt. bez., mit Faß 14⅔ Rt. bez., Februar 14¾ Rt. Br., 14⅔ Gd., per Frühj. $14\frac{23}{24}$, 15 Rt. bez. u. Br, Mai-Juni 15¼ Rt. Br.

Angemeldet: 100 Centner Rüböl, 50,000 Quart Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 69½, Roggen 52, Rüböl 9⅜, Spiritus 14¾.

Stettin, den 1. Februar.

Hamburg	6 Tag.	151 bz
"	2 Mt.	150¼ B
Amsterdam	8 Tag.	142⅛ G
"	2 Mt.	—
London	10 Tag.	6 24¾ bz
"	3 Mt.	6 23¼ B
Paris	10 Tg.	81⅓ B
"	2 Mt.	81 B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl. 54 57	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P. P. B. A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P. E. A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	100 B
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115½ B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 B
Union	4	110 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		102 B
Vulkan		145 B
St. Dampfmühle	4	108 B
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—